

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Für den Monat September 200.— M.,  
wacuum schlar. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, Saar- und  
Rheinland, sowie Österreich und  
Sudetenland 24.— M., für das übrige  
Ausland 32.— M. Postbestellungen  
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-  
land, Estland, Finnland, Frankreich,  
Holland, Lettland, Litauen, Norwegen,  
Polen, Schweden, Schweiz, Tschecho-  
slowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Belmunt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
und 2506-2507

Freitag, den 1. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-  
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

# Nach der Entscheidung.

Die englische Presse begrüßt die Entscheidung der Bot-  
schafterkonferenz mit warmen Worten. Das ist zu verstehen,  
da es sich für England vor allem darum handelte, einen Zerfall  
der Entente zu verhindern, ohne Deutschland mit Verpflichtun-  
gen zu belasten, die ebenso katastrophal wirken müßten wie  
die Reparationszahlungen. Für Deutschland liegen die Dinge  
etwas anders. Gewiß, auch wir begrüßen es dankbar, wenn  
wir der Barzahlungen für die nächsten Monate zunächst ein-  
mal entbunden sind, aber auf uns lastet die doppelte  
Sorge für die Schatzscheine, die wir an Stelle der Gold-  
leistungen zu begeben instand gesetzt sind, eine befriedigende  
Deckung zu finden und darüber hinaus unser Budget ins  
Gleichgewicht zu bringen, das durch die Ereignisse der letzten  
Zeit in eine noch tiefere Unordnung gebracht worden ist.

Ein wesentlicher Teil der Ententeneute beschäftigt sich mit  
der Reform des deutschen Staatshaushalts. Es ist wertvoll,  
daß die Reparationskommission anerkennt, daß Deutschland  
nicht instande ist, aus eigener Kraft die Gesundung durchzu-  
führen. Wenn die Kommission es schriftlich beglaubigt, daß  
die Voraussetzungen für eine Sanierung eine Ermäßigung  
unserer äußeren Lasten, eine Währungsreform und die Aus-  
gabe äußerer und innerer Anleihen ist, so wiederholt sie damit  
zwar nur Ansichten, die von amtlicher englischer Seite sowie  
seitens des Morganschen Finanzkomitees bereits vorliegen,  
aber der Wert dieser Wiederholung liegt darin, daß damit  
nun auch die Entente als solche einstimmig Deutsch-  
lands Notlage anerkennt. Einem Schuldner, dem man be-  
stätigt, daß er kreditunfähig ist, kann man Böswilligkeit nicht  
vorwerfen, wenn er mit seinen Zahlungen in Verzug bleibt.

Wenn man diesem Schuldner trotzdem laufende Schuld-  
verschreibungen abfordert, so kann das nur unter der Vor-  
aussetzung geschehen, daß sich seine Lage in der Zeit bis zum  
Ablauf der Schuld wesentlich ändert. Unter diesen Um-  
ständen erwächst der Entente eine gewisse Verpflich-  
tung, an der Befestigung unserer finanziellen Verhältnisse  
wirksam mitzuarbeiten, wie sie es in ihrer Note ja auch an-  
erkennt. Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter  
diesen Voraussetzungen, kann sich die deutsche Regierung mit  
dem Arrangement mit Belgien einverstanden erklären.

Es wäre reichlich, diesen Teil der Pariser Entscheidung  
auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Ausgabe der ver-  
langten Schatzscheine gibt Belgien das Recht, nach einem  
Verlauf von sechs Monaten Deutschland einen Gesamtwechsel  
von 270 Millionen Goldmark zu überreichen. Belgien hat  
aber auch das Recht, die monatlich zu verausgabenden Schatz-  
scheine als Zahlungsmittel im internationalen Verkehr weiter-  
zuleiten. Es könnte also auch sein, daß uns Teile des Wechsels  
nach dem Fristablauf nicht von Belgien, sondern von einem  
anderen Gläubiger vorgelegt werden. Das sind Fragen, die  
sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Ga-  
ranten der Schatzscheine überprüft und die mit der belgischen  
Regierung besprochen werden müssen. Weiter wird es nicht  
leicht sein, für die Schuld geeignete Garantien als Unterlagen  
zu finden.

Die Zumutungen, die die Reparationskommission an die  
deutsche Regierung und das deutsche Volk stellt, sind also  
keineswegs leicht. Trotzdem wäre es töricht, den Ausweg,  
den man in Paris gefunden hat, von der Hand zu weisen.  
Die belgische Regierung hat sich als der Vernunft  
nicht unzugänglich erwiesen. Es ist ein Zeichen von Ver-  
trauen, wenn sie sich bereit erklärt, mit uns gesondert Ab-  
machungen zu treffen, ohne vorerst von der Rückendeckung,  
die die Entente als Gesamtheit bietet, Gebrauch zu machen.  
Dieses Vertrauen ist wert, von uns erwidert zu werden.  
Gerade der Mangel an internationalem Vertrauen ist es ja,  
der heute auf der ganzen Welt lastet. Es wäre ein sehr  
großer Fortschritt, wenn nun zum erstenmal sich zwei Ver-  
tragsgegner aus der Zeit der Versailler Verhandlungen zu  
einer Übereinkunft zusammensänden, die das gegenseitige  
Vertrauen zur Grundlage hätte.

Vertrauen in die Absichten des Vertragsgegners und in  
die Zukunft ist es auch, daß die Entente bei der angebotenen  
Regelung der deutschen Finanzen auswärtige Hilfe for-  
dert. Nun unterliegt es zwar keinem Zweifel, daß auch die  
Gegenseite heute den starken Willen hat, zu einer  
internationalen Finanzregelung zu gelangen,  
es darf aber doch nicht verkannt werden, daß diesem Willen  
sehr erhebliche Widerstände entgegenstehen. Immerhin hat  
die Reparationskommission nunmehr die Initiative  
in dieser Frage ergriffen. Das ist ein Plus den bisherigen theo-  
retischen Lösungsversuchen gegenüber, das ist ein Plus, das  
auch in den Vereinigten Staaten bei der Beur-  
teilung der Lage ins Gewicht fallen muß. Wenn sich der  
amerikanische Vertreter auch an den entscheidenden Abstim-

mungen innerhalb der Reparationskommission nicht beteiligt  
hat, so hat er sich doch während der Sitzungen, an denen er  
seit langer Zeit zum erstenmal wieder Anteil nahm, des öfteren  
das Wort ergriffen, und es ist vielleicht nicht zuviel gesagt,  
wenn man ihm einen lebendigen Anteil an dem Zustandekommen  
des Kompromisses zuschreibt. Auch das ist ein  
Faktor, der zugunsten einer friedlichen Gesamteinsparung spricht,  
und, man braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, daß  
während der sechsmonatigen Frist die Verringerung der Lage ein-  
tritt, die das Arrangement der Reparationskommission zur  
Voraussetzung hat.

### Sitzung des Reichskabinetts.

**Beschlußfassung nach Rückkehr der Pariser Vertreter.**  
Das Reichskabinetts trat heute vormittag 10 1/2 Uhr zu einer  
kurzen Besprechung zusammen. Der Reichkanzler gab einen Be-  
richt über die letzten aus Paris eingegangenen Informationen und  
brachte seine persönliche Meinung über die Entscheidung der Re-  
parationskommission zum Ausdruck. In dem anschließenden Mei-  
nungsaustausch ergab sich Übereinstimmung dahin, daß vor einer  
endgültigen Beschlußfassung die Rückkehr der deutschen Regierun-  
gsvertreter aus Paris abgewartet werden soll.

### Erklärung des Reichskanzlers.

Im Reichstage trat heute der Ueberwachungsaußschuß  
zur Besprechung über die Durchführung des Gesetzes zum Schutze  
der Republik zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung er-  
klärte der Reichkanzler Dr. Wirth, daß die Beschlüsse der Re-  
parationskommission inzwischen durch die Presse bekannt geworden  
seien, daß er es aber für verfrüht halte, darüber schon jetzt amtliche  
Mitteilungen zu machen. Die Herren, die in Paris mit der Re-  
parationskommission verhandelt hätten, kämen morgen früh nach  
Berlin zurück, und es wäre notwendig sie erst zu hören. Sie könnten  
über den Geist und den Sinn der Entscheidungen der Reparations-  
kommission zuverlässige Auskunft geben. Alsdann werde der Reichs-  
kanzler sobald als möglich die Parteiführer in die Reichstags-  
kammer, um mit ihnen die innenpolitische Lage zu besprechen. Ob das  
morgen abend schon geschehen könne, sei im Augenblick noch nicht  
sicher.

### Frankreich befriedigt.

Paris, 1. September. (W.B.) Die Agence Havas ver-  
öffentlicht folgenden Kommentar zu den gestrigen Beschlüssen  
der Reparationskommission: Die Entscheidung der Kommission wird  
in französischen politischen Kreisen im allgemeinen günstig  
beurteilt. Die Auffassung geht dahin, daß sie, wenn nicht in ihrer  
Gesamtheit, so doch in den wesentlichsten Punkten der vom Minister-  
präsidenten Poincaré ständig vertretenen These entspreche. Durch  
die Ablehnung des Antrags des britischen Delegierten und den  
darauf gefaßten Beschluß, die Entscheidung über das von Deutsch-  
land ausgesprochene Moratoriumsersuchen aufzuschieben, habe die  
Kommission in zwei aufeinanderfolgenden Abstimmungen ent-  
sprechend den ständigen Erklärungen Poincarés anerkannt, daß es  
unmöglich ist, dem Verlangen der deutschen Regierung zuzustimmen.  
Deutschland werde verpflichtet sein, die vorgesehenen  
Zahlungen binnen einer sehr kurzen Frist zu leisten. Wenn es sich  
dieser Pflicht entziehen sollte, werde die Kommission genötigt sein,  
eine abschließende Nichterfüllung zu konstatieren, die den Alliierten  
das Recht geben würde, Isoliert oder in ihrer Gesamtheit zu  
Zwangsmahnmahnen zu schreiten. Somit schienen bei einer ersten  
Prüfung die Rechte Frankreichs und seine vollständige Aktionsfrei-  
heit in der Zukunft völlig gewahrt zu sein. Indessen werden einige  
Vorbehalte bezüglich verschiedener Punkte der von der Reparations-  
kommission angenommenen Entscheidung gemacht, die infolge ihres  
Mangels an Deutlichkeit eine genaue Prüfung erforderten.

Der Wortlaut des Beschlusses ist umgehend dem Ministerprä-  
sidenten Poincaré mitgeteilt worden. Dieser wird ihn morgen  
dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand einberufenen  
Ministerrat unterbreiten. Poincaré hat es formell abgelehnt, seine  
Ansicht kundzugeben, bevor er sich mit seinen Ministertollgen  
besprochen und sich mit ihnen über die Richtlinien geeinigt hat.  
Die angeführten der getroffenen Entscheidung der Kommission  
zu befolgen sind. Ueber diesen Punkt wird also erst morgen  
Klarheit zu erlangen sein.

### Dubois über das Kompromiß.

Paris, 1. September. (Agence Havas.) Der Präsident der  
Reparationskommission Dubois empfing nach Schluß der gestrigen  
Sitzung der Reparationskommission die französischen Jour-

nalistin und erläuterte die Entscheidungen der Reparations-  
kommission.

Er wies zunächst darauf hin, daß Braburn, der ursprüng-  
lich für die Gewährung eines bedingungslosen Moratoriums für  
das Jahr 1922 und für ein von Garantien begleitetes Moratorium  
für die Jahre 1923 und 1924 eintrat, nach dem ersten Teil dieses  
Antrages aufrechterhalten habe. Dieser wurde mit drei gegen  
eine Stimme abgelehnt, insofern, als nach dem Wortlaut  
des Friedensvertrages die Stimmenthaltung des italienischen Dele-  
gierten einer Ablehnung entspricht.

Nach dieser Abstimmung machte der Vertreter Belgiens, das  
besonders an den deutschen Zahlungen interessiert ist, den Vor-  
schlag, die Modalitäten festzustellen, nach denen Deutschland zu zahlen hat.  
Danach soll Deutschland der Reparationskommission Schatzscheine  
mit Goldmacht und sechsmonatiger Laufzeit überreichen, die

von wesentlichen Garantien zu stützen  
wären. Diese Bonds wären Belgien zu übergeben, das auf diese  
Weise einen Teil seiner Prioritätsforderungen befriedigen könne.  
Auf Anregung des Vorsitzenden Dubois erklärte der belgische Dele-  
gierte ausdrücklich, daß es sich um effektive Zahlungen handle und  
daß Belgien von diesen Bonds Gebrauch machen werde. Belgien  
werde diese Bonds, die entweder durch ein Golddepot oder durch  
irgendeine andere, zwischen Belgien und Deutschland getroffene Ab-  
machung garantiert würden, tatsächlich diskontieren können. Würde  
Deutschland die geforderten Garantien verweigern, so würde die  
Reparationskommission auf Grund des Friedensvertrages berechtigt  
sein, den alliierten Mächten eine abschließende Nichterfüllung  
Deutschlands bekanntzugeben, und diese würden dann die entsprechen-  
den Zwangsmahnmahnen beschließen.

Somit hat die Reparationskommission erstens das Moratoriums-  
verlangen abgelehnt und zweitens den Antrag angenommen, durch  
dessen Ausführung Belgien Geld erhalten würde. Außerdem hat  
sich die Reparationskommission die

### Vorschläge der deutschen Regierung betreffs Kohlen- und Holzlieferungen

(verbunden mit industriellen und kommerziellen Strafen im Falle  
der Nichtausführung) zu eigen gemacht und die deutsche Regierung  
benachrichtigt, daß sie, falls die Naturallieferungen nicht erfüllt  
geschieht, sich das Recht vorbehalten werde, die Anwendung  
dieser Vorschläge aufzuerlegen. Die Annahme des von Dubois  
redigierten belgischen Vorschlags erfolgte darauf einstimmig.

Die Abmachung, die somit nach langen und mühsamen Ver-  
handlungen im Schoße der Kommission erreicht worden ist, ist um  
so mehr zu begrüßen, als sie, wie Dubois mit Befriedi-  
gung feststellte, dem von den Urhebern des belgischen Vor-  
schlages kundgegebenen Wunsche entspricht, die sich besonders um  
die Befriedigung der bisherigen Schwierigkeiten bemüht hatten, um  
den alliierten Mächten zu ermöglichen, in naher Zukunft und in  
aller Ruhe die allgemeine Regelung des Problems der Reparationen  
und der interalliierten Schulden vorzunehmen. Nach französischer  
Auffassung muß die erreichte Lösung, durch die das Moratorium  
abgelehnt und die wichtige Frage der Pfänder und Garantien  
zurückgestellt wird, eine allgemeine Erleichterung herbeiführen.  
Dubois sagte, er hoffe, daß die französische Regierung und  
die öffentliche Meinung sich zu dem heute abend erreichten Ergebnis  
beglückwünschen würden.

### Der Eindruck in England.

London, 1. September. (W.B.) Das in der Reparations-  
kommission erzielte Kompromiß wird von der Presse als ein Mora-  
torium unter einem anderen Namen bezeichnet. Die  
Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erfolgte, wird mit be-  
sonderer Genugtuung hervorgehoben. „Daily Chronicle“  
schreibt, die Delegierten hätten ihren Weg aus einem Dilemma her-  
aus gefunden, das einen Augenblick lang den völligen Bruch der  
Entente und den Zusammenbruch Deutschlands zu bewirken drohte.  
Frankreich verliere nichts und brauche nichts anzubieten. Warum  
sollte es das nicht annehmen? Deutschland gewinne den Ausschub,  
den Großbritannien für notwendig hielt. Er werde allerdings nicht  
Moratorium genannt, sei jedoch tatsächlich ein Moratorium. Er  
sorge freilich nur für die Zeit bis zum Ende des Jahres, dann  
könne die Krise von neuem entstehen. Aber bis zum November  
könnten andere Heilmittel gefunden werden. „Daily  
Telegraph“ schreibt: Es werde mit aufrichtiger Erleichterung  
in England empfunden werden, daß, wenn auch nur vorläufig, die  
Kontrolle der deutschen Bergwerke und Wälder fallen gelassen  
werde. Es bleibe abzuwarten, welches die Haltung der deutschen  
Regierung gegenüber der gestrigen Entscheidung sein werde.  
„Times“ schreibt: Die große und willkommene Nachricht, die alle  
wahren Freunde der Entente und des europäischen Friedens mit  
tiefer und wirklicher Erleichterung hören werden, sei, daß die Re-  
parationskommission eine einstimmige Entscheidung erzielt habe.  
Selbst die Anhänger eines bedingungslosen Moratoriums würden  
erkennen, daß die Vereinbarung Deutschland jede Erleichterung ge-  
währe, die für das laufende Jahr nötig sei. Das Übereinkommen  
löse die Reparationsfrage nicht und behaupte es auch nicht. Es  
gebe jedoch allen in Betracht kommenden eine Rempelpause, in der  
das Problem als Ganzes erwogen werden könne.

## Gewerkschaften gegen Teuerung.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben heute, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen. Was darüber bisher bekannt geworden ist, wird in den Kreisen der Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in dringlichster Form sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gefordert.

## Rathenau-Mord und „deutsche Art“.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die am Kopf ihres Blattes u. a. das Motto: „Für deutsche Art!“ trägt, bemängelt, daß Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium als Bevollmächtigter der Regierung vor der Reparationskommission erklärt hat, die Ermordung Rathenaus habe wesentlich zur Katastrophe der Mark beigetragen. Sie weist darauf hin, daß schon vor der Ermordung Rathenaus der Dollar einen Kurs von 330 erreicht und erst wesentlich später panistisch weiter gestiegen sei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vergißt mit der bei ihr bekannten Gedächtnisschwäche, daß die Kurse für fremde Devisen bereits einmal im November vorigen Jahres etwa den Stand innehatten, wie er vor der letzten Juniwoche galt. Der Kurs senkte sich dann wieder, um im Juni unter dem Druck der Deutschland aufgebürdeten Lasten zu steigen. Bald nach der Ermordung Rathenaus stieg er, und zwar der Dollar in einer einzigen Woche um das damals ungewöhnliche Maß von 42 Punkten, dann beschleunigte sich die Bewegung, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Gerüchte von einem bevorstehenden Rechtsputsch und wegen der bayerischen Quertreibereien. In der Tat hat die Unsicherheit, die im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord in Deutschland herrschte, den Marksturz veranlaßt. Unmittelbar nach ihm trat die Entwertung der Mark in ein neues, entscheidendes Stadium. Das ist der „Deutschen Tageszeitung“ unangenehm. Warum?

Einmal, weil das Agrarierblatt die Rathenau-Mörder decken will und das heldenhafte Gedemüt dieser Nordbanditen der deutschen Jugend bewahren will. Hier deutet sie also „deutsche Art“ gleich Meuchelmord. Dann aber, um von der den Verbrauchern jetzt so erschreckend fühlbaren Tatsache abzulenken, daß die Agrarier seit der freien Wirtschaft an hohen Dollarkursen interessiert sind. Auch das gilt dem Agrarierblatt als „deutsche Art“. Es gibt glücklicherweise noch genug Menschen in und außerhalb Deutschlands, die dankend darauf verzichten, an dieser Marke deutschen Wesens zu „genessen“!

## Neues Gewand — alter Klatsch!

Die „Tägliche Rundschau“, die heute zum erstenmal in sinnvoller Aufmachung erscheint, bemüht sich um den Beweis, daß ihre Klatschzunge die alte geblieben ist. Sie bringt über die Amerikareise des Polizeipräsidenten Richter einen „Enthüllungssartikel“, den ihr wohl irgendeine lebenswichtige nachgeordnete Stelle im Berliner Polizeipräsidentium zugeflüstert hat. Zunächst zerbricht sich die „Tägliche Rundschau“ ihren Steuerzahlerkopf über die Kosten der Reise. Sie hätte das wirklich nicht nötig, wenn sie mit einiger Aufmerksamkeit die offiziöse Meldung gelesen hätte, in der deutlich gesagt wird:

Polizeipräsident Richter ist während seiner Reise und seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten Gast der New Yorker Polizeidirektion.

Dann aber wird die „Tägliche Rundschau“ noch um einige Grade gehäßlicher. Es sei ein Fehler gewesen, gerade Richter nach Amerika zu entsenden. Die amerikanische Regierung „empfinde eine starke Abneigung gegen Sozialdemokraten“, man hätte auf derartige Stimmungen „Rücksicht nehmen“ müssen, wir sollten „den Amerikanern nicht unsere Sozialdemokraten ausdrängen“.

Dazu ist einfach zu bemerken, daß die amerikanische Einladung an die Person des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ergangen war. Die amerikanische „Abneigung“

## Patrioten auf Bestellung.

In Rittenwald, wo man mit einem Bein schon in Tirol steht, gab es neulich unfreiwillig Tragikomisches zu sehen.

Das kam so: Eine Filmgesellschaft fuhr mit komplettem Handwerkszeug auf den Marktplatz und sagte zu den Bauern: „Kinder, morgen wollen wir mal zu einem waterländischen Umzug antreten. Damit die Welt sieht, was Ihr für Kerle seid!“ Dabei klopfte einer auf seinen schwarzen Kofen. Die Bauern, die heute gar nicht so dumm sind, wußten gleich Bescheid. Sie gingen nach Hause und bürteten sich die Nationalkostüme ab.

Am anderen Tage stellte sich der Trachtenverein mit dem Bläserchor am Rathaus auf. Dahinter kam der Turnverein; dann der Verein ehemaliger Kuchhirten und die anderen. Die Rittenwalder waren gute Patrioten. An den Telegraphenstangen baumelten die blauweißen Banner und darüber noch die tiroler Fahnen in Rotweiß.

Der Kapellmeister klopfte gerade mit dem Taschmesser auf seine Trompete. Und wie es los gehen sollte, fing der Trachtenverein an zu tratschen. Das griff im Ru auf den Turnverein über, dann auf den Verein ehemaliger Kuchhirten, und im Handumdrehen hatte man den schönsten Spektakel. Schließlich nahm die Stadtkapelle die Instrumente wieder unter den Arm und saßte sich in Geduld. Man verstand sein eigen Wort nicht mehr.

In dem Wirrwarr gab es einen erhöhten Punkt. Das war der Operateur mit dem Kurbelstoßen. Auf ihn ging ganz Rittenwald los. Wie ein tadellos funktionierender Komparsturm machte sich das aus. Keine hobten Geisten. Alles war Anteil, Hingabe, Aufruhr. Es sollte wohl eine neue Art waterländischer Kundgebung ausprobiert werden.

In Wahrheit lag die Sache so: Die Rittenwalder haben plötzlich Wind bekommen, daß sie sich von einer französischen Filmgesellschaft haben ins Bodshorn jagen lassen. Von einigen Sommergästen ist ihnen das zugeflüstert worden. Die mußten es ja wissen. „Laßt Euch nicht für deutschfeindliche Zwecke mißbrauchen“, haben sie gewarnt. So eine Entwertung an das Nationalgefühl läßt man sich nicht zweimal sagen. Die Rittenwalder taten, was ein Deutscher in solchen Fällen immer tut: sie sangen sich mit dem Deutschlandlied den Zorn vom Leibe. Und waren so bei der Sache, daß sie gar nicht den Franzosen bemerkten, der zu Gefang und Kraxell munter die Kurbel drehte.

Schließlich zogen die Rittenwalder nach Hause. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan. Bloß der Turnverein, der gut klettern konnte, ging die Telegraphenstangen hoch, um die Fahnen ganz einzuholen. Dabei machte man eine neue Entdeckung. Die Franzosen hatten nämlich in aller Stille die blauweißen Bayernbanner

„Auerle“ sich nur in einer besonders lebenswürdigen Form der Einladung. Uns will scheinen, daß die Abneigung gegen sozialdemokratische Polizeipräsidenten nicht bei den Amerikanern, sicher aber bei der „Täglichen Rundschau“ und ihrer Hintermännchen im Polizeipräsidentium vorhanden ist. In Amerika verspürt man keine Abneigung gegen die Repräsentanten des demokratischen Deutschlands, wohl aber gegen die Monokellentypen des alten Systems. Wegen diese sogar heftig!

## Oesterreichs Schicksalsfrage.

Wien, 1. September. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Aeußeres berichtete Bundeskanzler Seipel über seine Reise nach Prag, Berlin und Verona, wobei er feststellte, daß diese Reise informativen Charakter und den Zweck hatte, Klarheit darüber zu schaffen, wie die Nachbarn Oesterreichs über die Lage denken und wie sie sich zu den Lösungen verhalten, die sich Oesterreich ausdrängen können. Der Bundeskanzler wiederholte sodann die im wesentlichen bereits bekannten Ergebnisse seiner Besprechungen in Prag, Berlin und Verona und kam zu dem Schluß, daß Oesterreich von allen empfohlen worden sei, mit Zuversicht das Verfahren vor dem Völkerbunde abzuwarten. Er glaube feststellen zu können, daß der erste Zweck seiner politischen Reise erreicht sein dürfte. Oesterreich dürfe hoffen, daß es bei der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes eine andere Behandlung als bei den früheren finden werde. Die Regierung sei daher entschlossen, dem Räte, der ihr von allen Zuständigen und Oesterreich wohlwollenden Stellen gegeben wurde, zu folgen und alles zu tun, damit die österreichische Frage vor dem Völkerbunde endlich ihrer ersehnten und in der Tat dringend notwendigen Lösung zugeführt werde.

Aber auch der zweite Zweck seiner Reise dürfte erreicht sein. Wir stehen, so sagte Dr. Seipel, selbst im Falle eines Versagens des Völkerbundes nicht ratlos da, und die Mächte wissen, daß wir im Rahmen des Möglichen vorsichtig, aber entschieden selbst den Weg zu bestimmen suchen, der dann zu gehen sein wird.

Es folgte sodann eine längere Debatte, an der Redner aller Parteien teilnahmen. Bauer (Soz.) stellte einen Antrag, in dem es heißt: Der Ausschuss erklärt, daß es die oberste Aufgabe der auswärtigen Politik ist und bleiben muß, die Selbstständigkeit der Republik Oesterreich zu erhalten, bis das deutsche Volk von seinem Selbstbestimmungsrecht nach freiem Entschluß wird Gebrauch machen können. Da die Politik des Bundeskanzlers dieses Ziel gefährde, könne der Ausschuss dem Bundeskanzler seine Zustimmung nicht erteilen.

Dieser Antrag wurde abgelehnt und folgender christlichsozialer Antrag angenommen: Der Ausschuss erklärt, daß es die oberste Aufgabe der auswärtigen Politik ist und bleiben muß, die Selbstständigkeit der Republik Oesterreich zu erhalten, zumal das österreichische Volk derzeit an der Ausübung seines unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechts tatsächlich verhindert ist. Der Ausschuss nimmt die Erklärungen des Bundeskanzlers zur Kenntnis.

Genf, 31. August. (W.B.) Der Völkerbundsrat hat in der ersten Sitzung seiner ordentlichen Tagung beschlossen, noch nicht in eine Aussprache über die etwaigen Hilfsmassnahmen für Oesterreich einzutreten, sondern zunächst das Finanzkomitee des Völkerbundes, das bereits früher diese Fragen bearbeitet hat, mit der Abfassung von Vorschlägen zu betrauen.

## Bayerische Unterhaltungen.

München, 1. September. (W.B.) Die Führer des bayerischen Ordnungsblochs hatten am 25. August an den Minister des Innern Dr. Schweyer einen offenen Brief gerichtet, in welchem sie das Verhalten der bayerischen Regierung bei den Berliner Verhandlungen und das Verbot der Kundgebung auf dem Königsplatz kritisierten. Minister Dr. Schweyer hat nun mit einem offenen Brief geantwortet, aus dem folgendes hervorzuhelen ist:

Der Abbruch des Kampfes mit der Notverordnung bedeutet nicht die Anerkennung der Schutzgesetze. Sie werden von der bayerischen Regierung nach wie vor beklämpft. Die bayerische Regierung ist überzeugt, daß diese Gesetze an ihrer Unnatur und an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes zugrunde gehen. Die

mit den rotweißen von Tirol so geschickt aneinandergesteckt, daß bloß noch Blauweißrot zu sehen war. Also stattete an jedem Mast vergnügt die französische Tricolore.

Das ging den Rittenwaldern über die Hutshur. Man rannte zurück auf den Markt und schmiß den Filmleuten die Platten kaput. Dann schleppte man die ganze Gesellschaft mit dem Auto vor die Gendarmereistation, um... na um sich den versprochenen Statistenlohn bezahlen zu lassen.

Die großzügigen Filmleute langten in die Tasche, berappten und waren auf und davon.

Es ist ein Glück, daß die Rittenwalder bloß Patrioten gegen Kasse sind. Sonst hätten sie uns bei ihrem Temperament noch eine französische Staatsaktion eingebracht mit Entschuldigungen und Wiedergutmachungen.

Was nun den französischen Filmeinfall anbetrifft, so ist er wohl mehr aus Sparamkeit, als aus Staatsgründen erfolgt. Es gibt in Frankreich gewiß keine so billigen und willigen Statisten. B. W.

Der elektrische Zugbetrieb der Reichsbahn. Von der rund 53 500 Kilometer betragenden Streckenlänge der Reichsbahn sind 358 Kilometer in elektrischem Betrieb, weitere 756 Kilometer werden gegenwärtig für elektrische Zugförderung hergerichtet, so daß in absehbarer Zeit mehr als 1100 Kilometer elektrisch befahren werden können. Im Betrieb sind: die Wiesentalbahn in Baden, die Rittenwaldbahn in Bayern, einige Strecken am Reichenhall, im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk: Leipzig—Dessau und Wahren—Schönefeld, von den schlesischen Gebirgsbahnen: Königszell—Hirschberg mit zwei Seitenstrecken; ferner: die Stadt- und Vorortbahn Blankenese—Ohlsdorf sowie einige Bahnen geringerer Bedeutung.

Im elektrischen Ausbau befinden sich nach amtlichen Angaben des Reichsverkehrsministeriums unter anderem: mehrere Strecken in Bayern südlich von München und die Strecke München—Regensburg, sowie weitere Strecken der schlesischen Gebirgsbahnen und der Bahnen im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk. Außerdem werden die Berliner Vorortstrecken vom Stettiner Bahnhof bis Bernau und Hermsdorf zur Zeit elektrifiziert; sie werden voraussichtlich 1924 in elektrischen Betrieb genommen werden können. Innerhalb der nächsten 10 Jahre sollen die Berliner Stadt- und Ringbahn sowie die anschließenden Vorortstrecken und die Wanneseebahn für elektrischen Betrieb eingerichtet werden.

Es ist in Aussicht genommen, die bereits elektrifizierten und im Ausbau befindlichen Strecken durch die Einrichtung elektrischen Betriebs auf Nachbarkreisen zu betriebstechnisch in sich abgeschlossenen Netzen zusammenzufassen. Insbesondere wird die elektrische Zugförderung in solchen Bezirken eingerichtet werden, wo Wasserkräfte verfügbar sind, was namentlich für Süddeutschland zutrifft (Walchensee, mittlere Isar), oder wo geringwertige Brennstoffe, vor allem die umfangreichen, der Reichsbahn gebörenden Braunkohlenlager ausgenutzt werden können. Dadurch sollen die hochwertigen Steinkohlen, die jetzt höchst unwirtschaftlich in den Dampflokmaschinen verfeuert werden aufgespart werden.

bayerische Notverordnung könne jederzeit wieder eingeführt werden.

Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, so heißt es in dem offenen Brief weiter, daß das bayerische Volk mit Ihrer Demonstrationsversammlung identisch ist und lehne ab, von solchen Versammlungen „Beifungen“ entgegenzunehmen. Es ist eine Lieberbreitung, wenn Sie die von Ihnen in Bewegung gehaltenen Massen immer wieder als „das Volk“ bezeichnen. Die Regierung wird keiner Gewalt nachgeben, sie mag kommen, woher sie will. Glauben Sie, daß die Regierung nicht an ihrem Plage sei, so sorgen Sie verfassungsmäßig dafür, daß sie abtritt. Die Drohung, die Sie in Ihrem Brief an die Regierung richten, bedauere ich gerade von Ihnen als verdienstvollen Leitern waterländischer Vereinigungen zu hören.

## Stärkeres Devisenangebot.

Obwohl die Reparationskommission das Moratorium für Deutschland abgelehnt hat, steht die Börse bei der nunmehr getroffenen Entscheidung doch praktisch eine Maßnahme, die fast die gleichen Wirkungen wie ein Moratorium haben wird. Es kam infolgedessen heute zu einem stärkeren Devisenangebot an der Berliner Börse. Die Industrie, die sich bisher stark eingedeckt hatte, sieht sich besonders auch durch die Geldknappheit genötigt, einen Teil ihrer Devisenbestände zu veräußern, zumal der Beschluß der Reparationskommission die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen läßt und dann der Weg für eine internationale Anleihe immerhin frei geworden ist. Im Vormittagsverkehr ging der Dollar zeitweise bis auf 1200 zurück. In der Börse bewegte er sich zwischen 1300 und 1400. Der Einfuhrhandel, der in den letzten Wochen infolge der abnehmenden Höhe der Devisenkurse stärkste Zurückhaltung beobachtet hatte, schreitet nunmehr zu größeren Käufen. Infolgedessen kam das Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln sehr glatt unter. Der Dollar zeigte bereits nach Ablauf der ersten halben Stunde wieder steigende Tendenz und stellte sich gegen 1/1 Uhr auf 1350.

Einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Unternehmungslust am Effektenmarkt übte nach wie vor die herrschende Geldknappheit aus, die bei der gestrigen und heutigen Gehaltszahlung verschiedener Banken und großindustrieller Betriebe bereits dahin führte, daß für die höheren Gehaltsstufen nur Teilbeträge ausgezahlt wurden. Das Geschäft in Effekten liegt verhältnismäßig ruhig.

## Agrarier gegen Landgemeindeordnung.

Der Entwurf der neuen preussischen Landgemeindeordnung hat es den Großgrundbesitzern angetan, weil durch ihn ein Fünftel des alten Obergutsstaates, die Einrichtung der selbständigen Gutsbezirke, beseitigt werden soll. So rüsten sie sich zum Sturm auf gegen das Gesetz. „Mit deutschem Gruß“ verpackt ein Herr von Bodungen Rundschreiben an die Rittergutsbesitzer, um eine Selbstammung zum Kampf gegen das Gesetz zu veranstalten. Der Beitrag ist auf 1 M. pro Morgen der Gutsbezirksfläche festgesetzt. Furchtbares prophetisch Herr von Bodungen von der Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke:

Das Stimmverhältnis verzieht sich mit Ausnahme weniger Fälle zuungunsten des Besitzes. Die Arbeiter werden die Verwaltung der Landgemeinden gewinnen (schrecklich!) und damit die Befehung der Gemeindevorsteherposten mit Gewerkschaftssekretären gegeben ist. (Welches Deutsch. Red.)

Diese Gefahr läßt sich nur vermeiden durch Einführung von Landbürgermeistereien, die jedoch unmöglich sind, weil die für sie erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden können. Außerdem werden sie auch nur in einer beschränkten Zahl einen Ausgleich in dem Stimmverhältnis schaffen können. Die Erhaltung der Gutsbezirke ist daher ein dringendes Erfordernis, soll das Land dem Terror der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsregierung nicht unterliegen. Die Selbstverwaltung des Landes hätte damit aufgehört zu sein.

Die Selbstverwaltung des Landes wird durch das neue Landgemeindegesetz nicht aufgehoben, sondern erst gerade geschaffen. Es ist sehr spähhaft, daß die Agrarier das Ideal der „Selbstverwaltung“ in einem Zustand sehen, wo der Gutsbesitzer als Gutsvorsteher seinen Bezirk einfach kommandiert. Für solche „Selbstverwaltung“ dankt die ländliche Arbeiterbevölkerung.

Wie man aus Zeitungspapier weißes Papier macht. Die furchtbare Papiernot, unter der die Zeitungen schier unerträglich leiden, wäre mit einem einzigen Schlage aus der Welt geschafft, wenn es gelänge, das einmal bedruckte Papier von der Druckerschwärze zu befreien, so daß es wieder für den Druck verwendet werden kann. Die Chemiker fast aller Länder arbeiten eifrig an der Lösung dieser großen Aufgabe; aber es ist bisher noch nicht gelungen, dieses Problem vollkommen befriedigend zu lösen. Immerhin hat man schon wichtige Versuche und Fortschritte gemacht, über die Dr. A. Neuburger in „Reclams Universalium“ berichtet. Am besten hat sich die Behandlung mit Natronlauge bewährt. Man bekommt dadurch ein Papier, aus dem neue Sorten gemacht werden können, doch zeigen diese neuen Papierarten nicht die schöne weiße Farbe, die man gern haben möchte. Man ist deshalb in Amerika seit kurzem zu einem anderen Verfahren übergegangen, durch das aus Zeitungspapier weißes Papier gewonnen wird. Das bedruckte Papier wird zunächst durch Kochen zerfasert, dann mit Natronlauge behandelt und mit einer gesättigten Seifenlösung gewaschen. Das in der Druckerschwärze befindliche Gel wird durch Natronlauge in Seife übergeführt, während die zugelegte Seife die Druckerschwärze vom Papier abwäscht. Die so entstandene Masse wird mit kaltem Wasser vermischt und langsam weiter gewaschen. Aus Seife, Gel und Farbstoff entsteht ein schwarzer Schaum, der auf mechanischem Wege entfernt wird. Der zurückbleibende Masse werden dann noch Farbstoffe zugegeben, um sie vollkommen weiß zu machen; hierauf kommt sie in die Papiermaschine, aus der ein brauchbares Papier hervorgeht. So einfach das Verfahren erscheint, so ist doch große Aufmerksamkeit nötig, um es richtig durchzuführen.

Im Seltungstheater wird die Winterspielszeit mit einem kurzen Gastspiel des Moskauer Künstlertheaters unter Mitwirkung Stanislavskys eingeleitet. Dem 60. Geburtstag Hauptmanns hat die darauffolgende Neuentdeckung von „Hibernien“ (mit Eile Lehmann, Jannings, Steinrück) und „Das Friedensfest“ (mit Eile Lehmann, Eilshelm, Sevaner, Vood, Granach und Karstow) gewidmet. Als erste Neuheit gelangt Roachin von der Goltz' Drama „Water und Sohn“ zur Aufführung. Ihm schließen sich von Berlin lebender deutscher Dichter Franz Werfel „Vodsgelung“, Georg Kaiser „Noll m tangara“, Carl Sternheim „Die Kaffeetasse“ und Alfred Bruns „Die Bölle“ an.

Die neuen Staatsoperbühnen treten heute zum ersten Male in Wirklichkeit. Und zwar gelten für die nächsten vier Aufführungen die Preise erster Klasse (es gibt drei Klassen). Die Plätze sollen von 150 M. (Stadtplatz) bis 1440 M. (Logen). Reichsbühnen und Deutschösterreich, die sich mittels eines amtlich beglaubigten Lichtbildes ausweisen, haben eine Ermäßigung von zwei Drittel. Für die volkstümlichen Fremden sind die Plätze immer noch verhältnißmäßig billig. Man sollte sie ruhig weiter erhöhen. Ansonsten Schilling hat kürzlich einem Ausrunder erzählt, daß die Billigen Plätze am meisten Läden aufweisen. Man sollte sie also noch weiter verbilligen.

Die Architektur und Plastik des Hamburger Domes wird im Ausstellungsraum der Staatlichen Bildstelle, Bildmühlr. 60, vom 4.—30. Sept. in Photographien der Staatlichen Bildstelle, des kunsthistorischen Seminars der Universität in Marburg und des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft ausgestellt werden. Diese ergeben ein erschöpfendes und zum Teil überraschend neues Bild von dem künftlichen Reichthum des Hamburger Domes. Geöffnet täglich, außer Sonntagen, von 9—6 Uhr. Eintritt frei.

## Durch die Friedrichstraße.

Die Bauarbeiten an der städtischen Untergrundbahn Nord-Süd nähern sich ihrem Ende. An zahlreichen Stellen ist bereits die Baugrube endgültig geschlossen und nur die vorläufige Koppflasterung erinnert an den eben beendeten Bau. Vor einiger Zeit ist zwischen der Oranienburger Straße und der Weidendammer Brücke damit begonnen worden, das endgültige Pflaster herzustellen, wobei man auch gleichzeitig die Straßenbahngleise wieder bis zur Weidendammer Brücke verlängern wird. Im übrigen wird der Fahrdamm in der Nord-Süd-Richtung verbreitert und der östliche Bürgersteig wesentlich schmaler gemacht, so daß die für den Verkehr bestehende Straßenbreite erheblich größer als früher wird. Die Fertigstellung der Straßenbahngleise an dieser Stelle weist außerdem noch eine Neuerung auf. Während bisher die Straßenbahngleise genau in der Mitte der Straße lagen und die Ausgänge der Untergrundbahn zwischen den beiden Gleisen, hat man hier beide Straßenbahngleise nach Osten verschoben, und auch die Ausgänge der Untergrundbahn liegen nicht genau in der Mitte des Straßenbundes, sondern auf der westlichen Hälfte, so daß die Straßenbahngleise von den Fahrgästen der Untergrundbahn nur dann gekreuzt werden müssen, wenn sie nach der Ostseite der Friedrichstraße wollen.

Für den südlichen Teil der Friedrichstraße wird demnächst ebenfalls mit der Fertigstellung des Straßenbundes begonnen. Durch die südliche Friedrichstraße verkehren vor dem Bau der Untergrundbahn zwischen der Kochstraße und dem halleischen Tor eine ganze Reihe von Straßenbahnlinien, die zum Teil nach Tempelhof, Mariendorf, zum Teil nach Neukölln fahren. Daß diese Gleisanlagen wieder hergestellt werden, steht außer Zweifel. Es soll nur noch geprüft werden, welche Linien durch die Friedrichstraße, welche Linien durch die Königgräber-Zimmerstraße und welche Linien durch die Linden-Markgrafenstraße werden sollen. Es hat sich gezeigt, daß eine Verbindung zwischen Mariendorf und dem Potsdamer Platz, wie sie die Verlegung der Linien 70 und 73 gebracht hat, erforderlich ist. Andererseits ist auch erwiesen, daß die Befahrung der Linden-Markgrafenstraße durch die von Neukölln kommenden Linien eine ganze Reihe von Vorteilen mit sich bringt. Darum wird das Verkehrsamt voraussichtlich sich dahin entscheiden, eine Linie, die von Neukölln kommt, durch die Markgrafenstraße, eine zweite Neuköllner Linie durch die Friedrichstraße zu leiten, während von den Mariendorfer Linien die eine Linie 3 durch die Königgräber-Zimmerstraße, die andere Linie durch die Friedrich-Koch-Straße geführt wird. Die Einfahrten, deren Wagen nur zu bestimmten Tageszeiten verkehren, soll dann durch die Markgrafen-Koch-Straße fahren.

Hierbei sollte gleichzeitig geprüft werden, ob nicht eine Verlängerung der Straßenbahngleise über die Kochstraße hinaus bis etwa zur Leipziger, oder aber, was noch wichtiger wäre, bis zur Behrenstraße in Frage kommt. Allerdings würde damit eine außerordentliche Konkurrenz für die neue Bahn geschaffen, die aber ohnehin den übrigen Verkehrsmitteln die Fahrgäste entzieht. Zweifellos würden bei der Straßenbahn neue wertvolle Verkehrsverbindungen geschaffen werden können und der Verkehr von Tempelhof nach dem Stadtkern eine bedeutende Beschleunigung erfahren.

## Die neuen Brotpreise.

Der Zweverband der Berliner Bäckermeister teilt mit: Die unsicheren Verhältnisse auf dem Weizenmarkt machen eine weitere Steigerung der Richtpreise notwendig. Es kostet ab Sonntag: Markenfreies Brot: Leigeinlage 1300 Gramm, Verkaufspreis 65 M., markenfreie Schrippen: Leigeinlage 50 Gramm d. Bresse, Verkaufspreis 3,50 M. das Stück. Hörner, Kaiserbrötchen, Schneden das Stück 4 M. (weniger einlegen). Plunder, Blechbrot usw. das Stück 6 M. Gerösteter Zwieback ein Pfund 72 M. (1/4 Pfund 18 M.), Einbad 1 Pfund 52 M. (1/4 Pfund 13 M.), geriebene Semmel 1 Pfund 40 M. (1/4 Pfund 10 M.). Rabatte: Auf Markenware 5 Proz., auf markenfreie Ware 6 Proz. Diese Richtpreise haben der Preisprüfungsstelle vorgelegen. Immer wieder weisen wir darauf hin, daß die Richtpreise Mindestpreise sind und nur einer ganz bescheidenen Verdienst zulassen. Die einheitliche Durchführung ist im Interesse des Ansehens unseres Gewerbes unbedingt notwendig.

## Teuerungskrawalle in Eberswalde.

### Mehrere Personen verlegt.

Die überhandnehmende Teuerung gab gestern nachmittag Veranlassung zu Ausschreitungen in Eberswalde. Wie uns von dort berichtet wird, zogen mehrere hundert Personen gegen die Teuerung demonstrierend durch die Straßen. Aus der Menge heraus schritten dann einzelne Gruppen zu tätlichen Angriffen gegen die Geschäftsinhaber und zu Plünderungen ihrer Läden über. Lebensmitteläden, Gemüsegeschäfte, Bäckerei und Fleischerläden wurden von der erregten Menge gestürmt. In vielen Geschäften wurden die Scheiben eingeschlagen und die Auslagen herausgerissen, einzelne Läden völlig ausgeplündert und demoliert. An einigen Stellen wurden die Ladeninhaber schwer mißhandelt. Als die Schutzpolizei, unterstützt von Kriminalbeamten, einschritt, um die Ordnung wieder herzustellen, kam es zwischen diesen und den Plünderern zu heftigen Zusammenstößen. Als aus der Menge plötzlich Schüsse fielen, griffen auch die Beamten zu ihren Dienstwaffen. Bei der daraufhin einsetzenden Schießerei wurden einige Personen verletzt. Die Lage war zeitweilig so kritisch, daß sich das Kommando der Eberswalder Schutzpolizei an das Berliner Hauptkommando um Unterstützung wenden mußte. Es wurden daraufhin einige Mannschaften nach Eberswalde transportiert. Bevor diese jedoch eintrafen, war die Ruhe wieder hergestellt.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß solche Ausschreitungen stets von den aller schlimmsten Folgen für die Gesamtheit begleitet sind. Mit Mitteln höchster Gewalt wird weder die Teuerung aus der Welt geschafft, noch der Wucher beseitigt und kein Kleinhändler wird dadurch demogen werden können, seine Preise herabzusetzen.

## Jugendnot.

Eine öffentliche Tagung, der das Thema „Jugendnot“ zugrunde liegt, veranstaltet der Bund entschiedener Schulreformer am 1.-4. Oktober in Schöneberg, Bürgeraal des Neuen Rathauses. 1. Oktober: Jugend und Familie. Redner: Gerhard Danziger, Toni Pfalz, Ute Müller-Destreich, Walter Friedländer, Siegfried Kameron. — 2. Oktober: Jugend und Gesellschaft. Redner: Felix Klatt, Wilhelm Ries, Käthe Feuerstadt, Karl Werdschögen, Franz Hüller. — 3. Oktober: Jugend und Menschheit. Redner: Adolf Koch, Lydia Gödder, Konrad Wiesegang, Erich Schönebeck, Paul Destreich. Abends 8 Uhr Schwedensaal, Bülowstraße 112: Tanzspiel (Loheland-Beethoven): Die Söhne des Prometheus. — 4. Oktober: Besichtigungen von Erziehungsanstalten und Werkstätten. 5. bis 7. Oktober: Zusammen mit Gesellschaft für Erziehung und Unterricht. Potsdamer Str. 129, Tagung für künstlerische Körperbildung (Bode, Loheland, Dolnoje, Reinholden usw.). Programm u. d. Karten bei Werkfreude, Berlin, Roggeburger Straße 71, Landsgemeindehaus, Berlin C. 2, Sophienstr. 23/4, „Das Heim“, Mag. Plesner, Schöneberg, Innsbrucker Str. 14/15.

## Der Groß-Machnower Weinberg.

Vom Potsdamer Vorortbahnhof fahren wir mit den Zossener Zügen bis Rangsdorf. Wir wandern südwärts bis zum Bahnübergang. Jenseits der Bahn liegt Rangsdorf am Ostufer des großen Rangsdorfer Sees. Wir überschreiten die Bahn nicht, sondern wenden uns links ab. In der Begleitung habrecht zum Langen Berg, der mit Kiefernwald bedeckt ist. Am Beginn des Waldes halblinks von der Straße ab durch den Wald. Der Weg geht in einen Fußsteig über, der durch die vom Jägergraben durchflossene Niederung führt. Jenseits der Niederung ragt links der gleichfalls bewaldete Zabelsberg auf. Bald haben wir das Nordende von Groß-Machnow erreicht. — Ohne in das Dorf hineingehen zu müssen, wandern wir auf der Rittenwalder Chaussee weiter. Das Gelände ist äußerst abwechslungsreich. Berguppen wechseln mit Talebenen ab, kleine Waldbestände schieben sich allenthalben in die Acker- und Wiesenflächen ein. Vor uns ragt eine bewaldete Höhe auf, es ist der Groß-Machnower Weinberg. Links davon sehen wir den Riedsturm von Rittenwalde. Bei Kilometerstein 3,3 zweigt nach rechts ein Fahrweg ab, der uns zu dem Südhang des Groß-Machnower Weinbergs bringt. Ueber die Geschichte seiner Entstehung erzählt die Abföhrungen, die ihn aufbauen. Er gehört zu den sogenannten Staurmoränen. Als der Rand des eiszeitlichen Inlandsees an dieser Stelle längere Zeit still lag, presste er den Untergrund hoch empor und staut ihn zu Wällen an, die dann noch mit sandigen und kiesigen Ablagerungen der Schmelzwässer oder mit dem unter dem Eise hergeschafften Gesteinsklast überleitet wurden. Die Schmelzwasser flossen südlich zum Baruther Urstromtal ab. In diesen Abflussschläufen sind häufig Teile der Hochfläche, gleichsam Inseln, stehen geblieben. So sehen wir im Süden des Weinbergs die Insel Tetz, nach dem an ihrem Südhang gelegenen, vom Weinberg aus nicht sichtbaren Dorf Tetz benannt. — Von der Höhe des Weinbergs haben wir eine prächtige Aussicht bis nach Zossen. Im Osten liegt Rittenwalde. Der Groß-Machnower Weinberg beherrscht eine ganze Anzahl in der Mark Brandenburg nur selten vorkommender Pflanzen. Er ist ein sogenannter Poniischer Hügel, nach Pontus, dem alten Namen für Kleinasien benannt. Als nach dem Ende der Eiszeit die Steppenzeit für unsere Gegend anbrach, wanderten viele Pflanzen aus den Steppengebieten Südosteuropas hier ein. Nachdem der Wald dann mehr und mehr die Pflanzenkinder der Steppe verdrängte, suchten sie ihre Zuflucht an solchen Stellen, die möglichst den Verhältnissen ihrer Heimat angepaßt waren. Auf trockenen und warmen Vertikalitäten, wie sie die nach Süden gelegenen Hänge der Berge waren, fanden sie ihr Fortkommen. Auch Pflanzen anderer Herkunft, denen solche Vertikalitäten zufallen, haben sich hier angesiedelt. So finden wir denn hier unter vielen anderen die Blaue Wiesenlabell (Salvia pratensis), den ährigen Ehrenpreis (Veronica spicata) und die Rheinische Flockenblume (Centaurea rheinana). Auch der giftige Hundswürger (Vincetoxicum officinale) tritt hier in großen Beständen auf wie kaum an einer anderen Stelle in der Mark. Von dem ungarischen Federgras (Stipa pennata), das mit seinem langen federartigen Grannen zu den schönsten Gräsern gehört, die bei uns vorkommen, scheint leider nichts mehr vorhanden zu sein; es ist wahrscheinlich der Sammelort sogenannter „Naturreube“ zum Opfer gefallen. Auch eine eigenartige Insektenwelt hat sich auf dem Machnower Weinberg erhalten.

Wir wandern zu dem ostwärts gelegenen Städtchen Rittenwalde, in dessen Mauern der Kirchenliederdichter Paul Gerhardt wirkte. Von hier können wir entweder die Kleinbahn nach Neukölln, Hermannstraße benutzen (Bahnhof nördlich der Stadt) oder wir fahren mit einer anderen Kleinbahn (Bahnhof östlich der Stadt) nach Königswusterhausen und von hier mit der Östlicher Vorortbahn (zur Stadtbahn in Niederschöneweide umsteigen) nach Berlin zurück. Weglänge 12 Kilometer.

Der Kiefferleber aus der Gräberstraße, dem die Fabrikarbeiterin Zimmermann zum Opfer fiel, ist trotz aller Nachforschungen der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt worden. Er schwört werden die Ermittlungen dadurch, daß die einzige Augenzeugin der Schredestat, die Frau Anna Kreibe, sich trotz Aufforderung noch nicht bei der Kriminalpolizei gemeldet hat. Diese sahndet deshalb nunmehr auch auf sie. Festgestellt werden konnte, daß Frau Kreibe gestern abend in einem Lokal in der Raunowstraße ausgehalten und auch dort über die Bluttat in der Gräberstraße erzählt hatte. Ihre Verlesungen, die sie durch ihr Tagwischenreden erhalten hatte, sind scheinbar nicht schwer. Unter Hinweis auf die für die Aufklärung ausgelegte Belohnung von 2000 M. werden alle Personen, die über die Bluttat oder auch über den Aufenthalt der Kreibe Mitteilungen machen können, dringend eruchtet, sich bei Kriminalkommissar Gahmig im Zimmer 35 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Die Anwesenheit der Fremden durch Potsdam nimmt geradezu bedenkliche Formen an. Menschen und Tiere sind nicht mehr sicher. Der Polizeipräsident macht jetzt bekannt, daß die Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge nicht mehr als 10 Kilometer in der Stunde betragen darf, sofern die Kraftwagen den Stadtbezirk Potsdam durchfahren.

Schieber. Eine Reihe von Kaufleuten hat in Hamburg mit Hilfe eines Zollbeamten auf gefälschte Ausfuhrscheine Farben im Werte von 6 Millionen ins Ausland verschoben. Sechs Kaufleute und der unredliche Zollbeamte sind verhaftet. Von der Schmuggelware konnte nichts mehr beschlagnahmt werden.

Unterricht in Religionsgeschichte und Lebenskunde für alle vom Schulreligionsunterricht abgemeldeten Kinder wird von der Freireligiösen Gemeinde durch Pädagogen an folgenden Schulen erteilt: Reichenburger Str. 4a, Donnerstag von 3-5 Uhr; Reichenberger Str. 44, Montag von 1/2-1/2 Uhr; Levetowstr. 26, Donnerstag von 4-6 Uhr; Sonnenstr. 84, Freitag von 3-5 Uhr; Raubergstraße 6-6, Montag von 3-5 Uhr. Der Unterricht ist für Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde frei. Nichtmitglieder haben pro Kind und Monat 3 M. zu zahlen. An den Schultagen werden auch Aufnahmen zu den Jugendweihen am 17. und 24. September entgegengenommen.

Karte von Berlin und Umgegend. Die von allen Naturfreunden in Berlin und Umgegend hochgeschätzte Karte ist Jordan vom Reichstag für Landesaufnahme in einer zweiten bedeutend vermehrten und verbesserten Ausgabe herausgegeben worden. Vor allen Dingen ist die neue Ausgabe vollständig auf den neuesten Stand gebracht worden, sie enthält alle Ergebnisse der Erkundungen in den letzten Jahren. Den einzelnen Blättern sind sehr wertvolle eingehende Erläuterungen beigegeben, die interessante Aufschlüsse sowohl in geologischer, als auch in siedlungsgeschichtlicher und allgemein physikalischer Hinsicht bringen. Das ganze Werk besteht aus 12 Blättern. Maßstab 1:50 000. Neudruck. Im Taschenformat gefaltet. Preis des Einzelblattes 30 M., des ganzen Satzes 340 M. Amtliche Hauptvertriebsstelle: Verlagsgesellschaft R. Eysenhardt, Berlin NW. 7, Dorosternstr. 60.

Die Katastrophe des japanischen Kreuzers. Der japanische Kreuzer Mikata ist ausgefallen worden. Er befand sich zur Hälfte unter Wasser. 16 Mann von denen mehrere noch in Lebensgefahr schwebten, sind geborgen worden.

## Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Temperaturen wenig verändert.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

30. Sept. Sonnabend, den 3. September, 7 Uhr, bei Burg, Grenzauer Allee 180, dringende Sitzung der Parteifunktionäre.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Lohnbestimmung nach Verkaufspreisen.

In manchen Ländern, wo infolge der Wirtschaftskrise die Preise zurückgingen, in England, Südafrika, aber auch in den Vereinigten Staaten, versuchen die Unternehmer die Löhne entsprechend den Marktpreisen zu bestimmen. Eine gleitende Lohnskala soll in den Tarifverträgen festgelegt werden, die jedoch nicht in erster Linie die Kosten der Lebenshaltung, sondern die Verkaufspreise der Produkte berücksichtigen. Diese Art von Lohnbestimmung war in England vor dem Kriege in Uebung, seit dem Kriege wurde sie jedoch zurückgedrängt. Nun soll sie wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Die Argumente der Unternehmer für dieses System, besonders in den Exportindustrien, sind verhänglich. Sie sagen: Wir können unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nur erreichen, wenn die Preise unserer Produkte die Weltmarktpreise nicht übersteigen. Für uns kann also nicht maßgebend sein, wieviel der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt braucht, sondern nur, wie wir die Preise herunterdrücken können. So haben sie die enormen Lohnherabsetzungen, welche über das Maß der Verbilligung des Lebens hinausgingen, gerechtfertigt und dieses System wollen sie nun in Tarifverträgen festlegen. Gegen dieses Ansinnen des Unternehmertums richtet sich ein heftiger Widerstand der Arbeiterschichten, denen das System aufgedrängt werden soll. Der Widerstand ist begründlich und berechtigt. Die Bestimmung der Löhne nach den Verkaufspreisen würde die Arbeiterschaft jeden Einflusses auf die Lohngestaltung berauben. Außerdem: sinkende Preise bedeuten keineswegs sinkende Profite. Die Unternehmer haben von der Deflation große wirtschaftliche Vorteile. Die Lohnherabsetzungen, die von den Unternehmern mit den sinkenden Preisen begründet wurden, waren die Quellen großer Unternehmerprofite. Die Ausweitung der englischen Wirtschaftszeitung „Economist“ für das erste Halbjahr 1922 zeigen beträchtliche Profiterhöhungen sämtlicher Unternehmungen gegenüber dem vorhergehenden Halbjahr, die auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt wurden. Die menschenwürdige Lebenshaltung der Arbeiterschaft muß das wichtigste Element der Produktionskosten darstellen.

### Der Schiedsspruch im Zeitungsgewerbe angenommen.

Die im JdM. organisierten Angestellten der Berliner Zeitungsbetriebe nahmen gestern in einer stark besuchten Versammlung im „Ludowik-Hof“ Stellung zum Schiedsspruch. Renner gab zunächst einen Überblick über die seit der Ermordung Rathenaus eingetretene politische und wirtschaftliche Lage und die im Zusammenhang damit eingetretene katastrophale Entwertung der Mark. Mit Rücksicht auf die dadurch entstandene außergewöhnliche Teuerung hatten die Angestellten durch ihre Organisation eine Gehaltszulage von 75 Proz. auf die Zulagehöhen beantragt. Die Unternehmer glaubten diese Gehaltserhöhung nicht bewilligen zu können. Wenn auch, so führte der Redner aus, die Angestellten die Forderung des Zeitungsgewerbes infolge der wucherischen Papierpreise voll anerkennen, so müßten sie doch vor Berechtigung gekürzt werden. Auch den Schiedsspruch, der den Angestellten 45 Proz. zubilligte, lehnten die Arbeitgeber zuerst ab. Erst auf dringende wiederholte Vorstellungen des JdM. und Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister ließen sich die Unternehmer schließlich zu Verhandlungen herbei. Nach stundenlangen Debatten wurde gestern in letzter Minute der Schiedsspruch schließlich anerkannt und so noch einmal die drohende Krise vom Zeitungsgewerbe abgewandt. Alle Redner waren sich darüber einig, daß durch diesen Schiedsspruch die eingetretene Teuerung bei weitem nicht berücksichtigt ist.

### Neue Löhne in der Herrenkonfektion.

Die in der Herrenkonfektion beschäftigten Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes nahmen am Mittwoch abend in Voelkers Festsaal Stellung zu dem Resultat der mit den Arbeitgebern geführten Lohnverhandlungen. Aus dem Bericht des Vertrauensmitgliedes Perleberg ging hervor, daß eine Verständigung mit den Vertretern der Arbeitgeber schwer zu erreichen war. Schließlich machten diese folgende Zugeständnisse:

Für Stäklöhne wird der bestehende Teuerungszuschlag auf die Grundlöhne von 8330 auf 5000 Proz. erhöht. Für Zeitlöhne wird ein Zuschlag von 60 Proz. auf den Wochenlohn bewilligt. Bei den Stäklöhnen soll das Angebot für alle ab kommenden Montag, den 4. September, aus Arbeit kommende Stücke gelten. Für die Zeitlöhne ab 28. August. Die bestehenden Zeitlöhne sind: Zuschneider 2215, Näher 1925, Werkstattdarbeiter 1785, Maschinenführerinnen 1250 und Handnäherinnen 1155 M. wöchentlich.

Zu diesen Löhnen kommt nun der Zuschlag von 50 Proz. Die folgende Aussprache gestaltete sich recht lebhaft und befandete eine große Unzufriedenheit mit dem Zugeständnis. Gegen die Verhandlungskommission wurde der Vorwurf erhoben, daß sie zu wenig verlangt habe. Folgender von Vujareli gestellter Antrag wurde einstimmig angenommen:

Die Kommission für die Herrenkonfektion und Zuschneider fordert die sofortige Einberufung einer Konfektionsarbeiter-Konferenz, die sich mit dem Reichstatarif und der Lohnpolitik zu beschäftigen hat. Aus jeder Filiale muß mindestens ein Verufskollege anwesend sein.

Bei der Abstimmung über das Angebot wurden 840 Stimmen abgegeben, von denen 570 für Annahme, 250 dagegen und 11 ungültig waren.

### Kommunistische Frühstücksgitation.

Von der Baustelle Kobart u. Co., Neukölln, Registrierkassenfabrik, wird uns unterm 31. August berichtet:

„Heute früh beim Frühstück hielt unser Vertrauensmann einen Vortrag über die kommunistische Betriebsräteversammlung in Klems Festsaal. Wir sind hier etwa 50 Bauarbeiter und 20 Zimmerleute, denen der Vertrauensmann erklärte:

Jeder, der hier arbeitet, muß die „Rote Fahne“ lesen, sonst ist er kein Kommunist. Jeder muß bereit stehen, wenn's jetzt losgeht und soll nicht an Frau und Kinder denken. Die Führer der SPD. hätten angesichts der Betriebsräte-Vollversammlung zugegeben, daß die Kommunisten jetzt über ihre Köpfe hinweggingen. Es wäre nicht mehr lange, dann hätten die Kommunisten alle Arbeiter hinter sich.

Mit mir haben es noch mehrere Kollegen nun bald satt, uns ständig dieser kommunistischen Propaganda auszuweichen. Jetzt kommen sie wieder mit Listen zur Unterstützung der „Roten Fahne“, die kein Geld mehr habe.

Ueber den schönen Vortrag haben wir im stillen gelacht.“

### Gehaltsregelung in den privaten Architekturbüros.

Für die technischen Angestellten in den privaten Architekturbüros ist am 26. August eine Vereinbarung zwischen dem Bund deutscher Architekten und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten getroffen worden, welche eine Erhöhung der Zulagehöhen um 50 Proz. für den Monat August vorsieht. Das Spitzengeld der Gruppe IV beträgt demnach für den Monat August 15 960 M. Auskünfte über den Tarifvertrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortshauptverwaltung Groß-Berlin, Weststr. 7.

Von der Landarbeiterbewegung wird berichtet, daß der wilde Streik auf der Insel Fehmarn, der rund 100 landwirtschaftliche Betriebe umfaßt hatte, beendet ist. Augenblicklich arbeiten die in großer Zahl eingesehenen Rotkeller gemeinsam mit den Landarbeitern an der Einbringung der Ernte. — Im Freistaat Sachsen wird in der Gegend von Leipzig und zwar bei Borna auf 15 Gütern, und bei Böbau auf 30 Gütern gestreikt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Nubensstr. 2.

# Herbst-Neuheiten!



**H. LANDSHEIM**  
Turm-Straße 30 a  
Ecke Wilhelmshavener Straße

Frühzeitige Abschlüsse sind  
die Veranlassung meiner  
Preiswürdigkeit in

**Mänteln, Blusen  
Jackenkleider  
Strassen-, Tee-,  
Gesellschaftskleider  
Morgenröcke, Röcke**

**Sonder-Abteilung:**  
Damenstrümpfe in Seide, Flor, Baumwolle, Wolle

**Gold-, Silber-, Platin-Druck**  
zahlt unüberbietbare Preise,  
da zur Selbstherstellung streng kontrolliert.  
**Trauringfabrik R. Felske,**  
Grosse Frankfurter Strasse 67.

**Achtung! Hosen!**  
Hosen! und wiederum Hosen!  
kaufen Sie für Jung und Alt in  
schönsten gestreiften und glatten  
Mustern, engl. Leder u. Manchester  
in allen Größen und Qualitäten  
am billigsten und besten in der  
**München-Gladbacher  
Hosen-Zentrale,**  
Berlin, Rügenstr. 25  
(blauer Laden), nahe Bf. Gesundbr.  
Ein Posten Herren- u. Knaben-  
Anzüge, besond. Gelegenheitskauf!  
Fahrpl.: 5, 8, 17, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 59, 148, 111  
Fahrpl.: 5, 8, 17, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 59, 148, 111  
Fahrpl.: 5, 8, 17, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 59, 148, 111

**Strickjacken**  
aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-  
jackchen etc. — Einzelverkauf bester  
Qualitätsware  
**Billigste Bezugsquelle**  
**Bruno Richter,** Berlin-Pankow,  
Mendelstr. 26, 1.  
Fabrik-Niederlage Thüring, Wolfwaren,  
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 131, 116  
Fernruf: Pankow 3723

**Stoffe**  
äußert bewährte tragfähige  
**Friedensqualitäten**  
(für Mahanfertigung)  
in anerkannter Preiswürdigkeit  
officiert  
**Tuchlager Preuss.**  
Gr. Frankfurter Str. 75  
nahe Alexanderplatz  
Lieferant der  
Beamtenverbände.

**Lagerraum** hell, trocken, auch  
Kellerräume, zum  
Lagern von Möbeln, Nähe meines Geschäftes  
zu mieten bei G. Camnitzer, Möbelhaus,  
Schönhauser Allee 82, 1. Etz. Bismarckstr.

**Möbel**  
kaufen Sie  
sehr vorteilhaft  
bei  
**G. Camnitzer,**  
Schönb. Allee 82,  
Ecke Wichertstr.  
Hochb. Nordr.  
Auf Wunsch bequeme  
Teilzahlung!

**Gold Silber Platin**  
Bruch  
**Brillanten**  
kauft recht zu  
höchsten  
Tageskursen  
**C. Käferle**  
Uhrmacher - Juwelier  
Frankfurter Allee 278

Willst du  
preiswert  
**Hosen**  
kaufen,  
mußt zu  
**Hosen-Anders**  
kaufen.  
**A. Anders,**  
Beusselstr. 25



**ZAHN-  
PRAXIS  
MÜHLAU**  
Berlin SW 48  
Wilhelmstr. 20

**EINGANG  
Verlängerte  
Hedemannstr. 6  
Kurfürst 8205  
Sprechstunden 9-7 Uhr.**

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich.  
**d. echte Kapitän-Kantabak**  
nur mit Zetteln (Nollen, Schließen,  
Stangen, Löffel). Verkaufsstellen durch  
Carl Röcker, Lichtenberg-Str. 22 (Reg. 3061)

**Biesdorf-Mahlsdorf**  
Parzellen mit hervorrag. Garten-  
boden. Verkaufsstellen a. Bahn.  
**Nieschalke & Nitsche**  
Berlin, Neue Königstraße 46  
Alex. 3376 und 3623

**Fort mit dem  
lästigen  
Kautschuk-Gebiß!**

Es ist unangenehm, unappetitlich, lehrbüch die Sprache  
und hat Sie in Gesellschaft in Folge des toten Speises sehr  
oft in Verlegenheit gebracht. Unsere Zahnbrücke — der  
größte Erfolg der Zahn-technik — hat keine Gummien-  
platte. Die Front besteht aus höchst natürlich aussehendem  
Zahnmaterial. Das Innere (unsichtbar) aus Gold  
oder Bronze. Unsere Zahnbrücke, fest wie eigenes Gebiß  
im Munde liegend und von natürlichem Aussehen,  
ist eine glückliche Lösung und ist daher für jeden  
und für Sie selbst ein schöner und angenehmer Anblick

Zahnbrücken	Konstruktion Bronze	500.-
Zahnbrücken	Zufattinggold, pro Zahn	1500.-
Goldkronen	Zufattinggold	1500.-

Nehmen Sie dieses günstige Angebot noch wahr,  
denn wir liefern nur, solange der Vorrat reicht,  
die Preise beibehalten.  
Unterstützung, Rat u. Kostenanschlag gratis.

**Zinn**  
Gold-, Silber-Druck  
**Quecksilber**  
Niel, Kupfer, Platin  
u. v. v.  
kauft 1. Engrospreise  
Schurrow, Lange Str. 35  
an Schlichtens Platz  
Lange Straße 59, Laden.  
**PATENTE**  
Dr. Bogdahn, GmbH  
4. Treun.-Ver. in Berl.  
Lg. SW 81, Bismarck-Str. 3.

Bei  
**Korpulenz — Fettleibigkeit**  
und  
**Dr. Hoffmanns** gef. gef.  
**Entfettungs-Tabletten**  
ein vollkommen unschädlich u. erfolg-  
reiches Mittel ohne Einhalten einer  
Diät. Reine Schilddrüsen. Kein Ab-  
führmittel. Ausf. Versch. gratis.  
**Elefanten-Apotheke**  
SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofpl.

**Hosen! Hosen!**  
Arbeits-hosen, feldgraue Hosen,  
Breeches, schwarze u. gestreifte  
Hosen, Turner- und Fußball-  
hosen kaut man gut u. vorteilhaft  
in großer Auswahl in der  
**München-Gladbacher Hosen-Zentrale**  
NW. 87, Beusselstr. 39  
blauer Laden.  
Bauchhosen für beliebige Herren.  
Fahrpl.: 5, 8, 17, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 59, 148, 111

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
aller Art in großer Auswahl  
**Kleider- u. Futter-Seiden**  
schwarz und farbige.  
**Gelegenheitskäufe**  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Kleidern u. Röcken. 1-3 gef. gef.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Zahngebisse**  
sowie  
**Gold-, Silber-, Platin-Druck**  
zerbroch. Gegenstände genau denselben Wert  
kauft und zahlt höchste Tagespreise  
Barbeine Edelmetallverwertung  
Invalidenstr. 2, v. 1. rechts, kein Laden  
Eingang Elisabethkirchstraße

**Stocklaternen** mit  
Stad  
von 2 M. an  
**Compliments-Billig-Papier-**  
mähnen von 50 Pf. an  
Vereinsbedarf, Feuer-  
werks-Sortiments 10,  
15 bis 100 M. u. höher  
Bengalfeuer. A. Maas  
& Co., Berlin, Markt-  
grabenstr. 84, an der Lindenstraße  
1 bis 6 Uhr. Telefon: Dönhof 2672

**Suche zur Selbstverwertung**  
**Edelsteine**  
und **Edelmetalle**  
zu höchsten Preisen  
**G. Schleppecke, Juwelier**  
Friedrichstraße 210  
Ecke Kochstraße.

**Graue Haare**  
erhalten ihre ursprüngliche  
Farbe u. natürlich. Jugend-  
glanz wieder durch unseren  
erprobten und bewährten  
**Haarfarbwiederhersteller**  
**„Youpla“**  
Nur eine Flüssigkeit  
Man sieht nicht, daß das  
Haar gefärbt ist. Frei von  
allen auf Kopfhaut u. Nerven  
schädlich einwirkenden Be-  
standteilen. Preis einer  
Flasche M. 47.50 u. M. 62.50  
**Kopp & Joseph, Parfümeriefab.**  
Berlin W 30, Potsdamer Str. 122c

**Penisbrühe**

**Welches Buch**  
wird jetzt und in den  
nächsten Monaten am  
meisten gebraucht wer-  
den? auszusprechen, ist  
überflüssig. Denn jeder  
weiß, daß der Kommen-  
tar zum Reichsstatut  
Haus Krüger zur rei-  
bungslosen Neuordnung  
der Miete und der neuen  
gegenseitigen Rechte und  
Pflichten jetzt für Mieter  
und Vermieter durchaus  
notwendig ist. Preis mit  
den Ausführungsbestim-  
mungen 67,50 Mark  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

**Volksschuhhaus Isma, Köpenicker Straße 68**  
Nähe Brückenstraße :: Im Hause des „Neuen Volkstheaters“.  
Verkaufsdevise: „Die billigen Preise dem Volke“. Beste und billigste Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.  
Besichtigen Sie unser Schaufenster!